Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonne.-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 75. Donnerstag, den 17. März 1910. 104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Die Erste Kammer erledigte am Mittwoch einige Kapital des ordentlichen und des außerordentlichen Etats sowie mehrere Eisenbahnpetitionen. (S. Landtagsber.)

* Die Zweite Kammer nahm am Mittwoch nach Abgabe einer Erklärung des Präsidenten Dr. Vogel über die Angelegenheit der „Pfuirufe" die Schlußberatung über den Antrag Hettner, Verjährung öffentlich-rechtlicher Ansprüche, vor, stimmte dann den Deputationsanträgen zu dem Dekret über das Pfandleihgewerbe-Gesetz zu und ging dann zur Beratung der das Justizwesen betreffenden Kapitel des Etats über. (S. Landtagsber.)

* Der Reichstag verabschiedete am Mittwoch den Etat des Auswärtigen Amts und des Reichsschatzamts. (S. Reichstagsber.)

* Das preußische Abgeordnetenhaus hat die Wahlrechtsvorlage nach den Beschlüssen der 2. Lesung mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen. Dafür stimmten 238, dagegen 168 Abgeordnete. Dagegen stimmten 6 Konservative, die Freikonservativen mit 2 Ausnahmen, die Nationalliberalen, die Fortschrittliche Volkspartei, die Polen und die Sozialdemokraten. (S. Leitart.)

* König Albert von Belgien besuchte gestern die Brüsseler Ausstellung und beglückwünschte den deutschen Reichskommissar zur deutschen Abteilung.

* Durch die Anerkennung der Intervention des Präsidenten Taft ist der Streik auf den amerikanischen westlichen Bahnen zunächst abgewendet. Die strittigen Punkte werden einem Schiedsgericht unterbreitet. (S. Ausl.)

Pyrrhus.

Und abermals nimmt Herr v. Bethmann Hollweg ein Kapitalgesetz aus der Hand der konservativ-klerikalen Majorität entgegen und beugt sich dem parlamentarischen Regime, weil es konservativ-klerikal ist. Das erste Mal war es der Kanzler, der die Reichsfinanzreform nach dem Willen der Bülow-Frondeure akzeptierte. Nunmehr, um dem Namen Preußen-Deutschland einen neuen Inhalt zu geben, sagt der preußische Ministerpräsident zu den Beschlüssen des neuen Blocks Ja und Amen. Es ist kein Zweifel mehr, das Regiment der verbündeten Konservativen und Klerikalen wird bis auf weiteres im Deutschen Reiche wie in seinem größten und mächtigsten Bundesstaat die Gesetze diktieren. Denn die gemeinsame Arbeit, die gemeinsame Verantwortung und der gemeinsam zu tragende Zorn aller Gegner wird diese beiden Parteien in Zukunft noch fester aneinanderschließen, als verschämte Liebe es bisher zu tun vermocht hat. Und Herr v. Bethmann, der Philosoph der Abhängigkeiten, gibt seinen Segen dazu. Die letzte Möglichkeit für die Konservativen, die klerikale Umarmung zu lockern und einen Weg zu eigner freier Entfaltung und Entwicklung und zur harmonischen Arbeits- und Verantwortungsverteilung auf die übrigen Parteien zu öffnen, ist vorbei. Der fromme Bund ist doppelt besiegelt, die Aera der Autoritativen und der Buchstabenfrommen ist in voller Schönheit heraufgezogen. Armes Deutschland! Armes Preußen!

Nein, nun erst recht! Nachdem die Lage so geklärt ist, soll der Kampf erst recht beginnen. Wer jetzt nicht sieht, was uns droht, ist blind. Denn nie ward in ähnlicher Klarheit einem Volke sein Schicksal vor Augen geführt. Es ist von allerhöchster Bedeutung, daß auch nicht eine fremde Stimme an diesem preußischen Wahlrechtsgesetz mitgewirkt hat, daß Konservative und Zentrum ganz allein für das Gesetz gestimmt haben, daß nicht einmal die Freikonservativen ihr Geschick an dieses Gesetz zu ketten den Mut hatten. Und die Konservativen wissen was ihnen droht. (Bei den Reichstagswahlen sehen wir uns wieder.) Bis in die letzten Stunden gingen die Versuche, die Nationalliberalen als Sündenböcke für das Gesetz zu gewinnen. Und wir wissen uns eins, nicht nur mit den Nationalliberalen in Preußen und im Reiche, wir wissen uns eins mit allen freiheitlich gesinnten deutschen Männern im Gefühl ehrlichen Dankes für die preußische Landtagsfraktion, daß sie in tapferer und loyaler Haltung, in meisterhafter Taktik, in Entschlossenheit und Vornehmheit alle Lockungen weit von sich abgewiesen, die Sünden der Gegner vor allem Volke aufgedeckt und in ihrer stolzen Sicherheit die Hoffnung auf Freiheit an diesem Unglückstage neu hat erstehen lassen. Freikonservative, Nationalliberale, Freisinnige, Polen und Sozialdemokraten haben geschlossen gegen das Gesetz gestimmt. Das bedeutet, daß eine parlamentarische Majorität, die eine numerische, kulturelle und wirtschaftliche Minderheit in Preußen ist, dem Lande die Gesetze geben darf. Es kann kein ärgeres Urteil über das preußische Wahlrecht in seiner jetzigen und künftigen Gestalt geben, als daß dieser Unsinn möglich wurde. Und wir bedauern den Staatsmann, der glaubt, eine Volksbewegung von der ungeheuren, seit Dezennien nie gesehenen Wucht, die weit über Preußens Grenzen ihre Wirkungen aussendet, mit einer solchen brüchigen Truppe zum Stillstand bringen zu können. Blind muß der Mann sein, der das Geschick des modernen Preußens, des modernen Deutschen Reiches von dem Willen der Agrar-Konservativen und der Ultramontanen abhängig werden läßt, um aus einer unbequemen Situation herauszukommen.

Bedarf es großer Weisheit, um die Gefahren dieser Lage zu erkennen? Was trieb Bülow zum Bruch mit dem Zentrum und zur Gründung des Blocks, wenn es nicht die Erkenntnis der Unmöglichkeit war, mit dem Zentrum den Osten des Reiches zu sanieren! Fürst Bülows beste Tat war die der Ueberleitung zu einer starken Polenpolitik, und die war mit dem Zentrum nicht zu machen. Sie ist auch heute nicht mit dem Zentrum zu machen. Wer mit dem Zentrum regieren will, muß die Ostmark preisgeben. Und das wird auch Herr v. Bethmann Hollweg müssen. Damit ist diesem Kanzler das Schicksalswort gesprochen.

Preußen wird nicht zur Ruhe kommen, bis es ein anderes, freieres, seinen kulturellen und wirtschaftlichen Kräften entsprechenderes Wahlrecht besitzen wird. Und da das neue Wahlgesetz, dem Herr v. Bethmann zweifellos zustimmen wird, diesen Anforderungen Hohn spricht, so wird die Wahlrechtsbewegung erst jetzt mit aller Schärfe einsetzen. Und die Bewegung wird sich nicht auf die Sozialdemokratie beschränken, es werden ihr alle nicht zum schwarzen oder blauen Heerbann schwörenden bürgerlichen Politiker zuströmen. Für diese Periode der Unruhe und der Zwietracht trägt die preußische Regierung in erster Linie die Schuld. Sie kann sich wahrlich nicht mit unerfüllbaren Forderungen von Intransigenten entschuldigen. Mit Ausnahme des bedeutungslosen Häufleins der Sozialdemokraten haben die Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses das Motto „Alles oder nichts" peinlich vermieden. Sie haben nur nicht mittun wollen bei einer Gesetzmacherei, deren Ruhm man neidlos dem Bethmannschen Block überlassen kann. Herr v. Bethmann hat in seiner Vorlage die indirekte Wahl geopfert, um dieses schöne Wort zu gebrauchen, und sein Block stellt sie wieder her, Herr v. Bethmann hat die öffentliche Wahl für tabu erklärt und sein Block wirft sie um. Und da sage noch ein Mensch, mit der preußischen Regierung sei kein Umgehen. Umspringen läßt sie mit sich, wohl gemerkt von den Konservativen und Klerikalen. Sie ist von rührender Selbstlosigkeit und proklamiert nicht nur gottgewollte Abhängigkeit, sondern streift sich selbst die Fesseln der neuen Herrscher in Preußen über die Gelenke. Das war kein Meisterstück, Octavio!

*

Stimmungsbild aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

O. **Berlin**, 16. März. (Priv.-Tel.)

Hin und her manövrierende Truppen und am Schlusse beim entscheidenden Schlage eine andere Gruppierung, als man bisher angenommen, so ist die Signatur der dritten Lesung der Wahlrechtsreform. Es war heute nicht so, wie sonst häufig, daß bei der dritten Lesung bloß die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt zu werden brauchten. Es gab Stadien, wo alles in Unsicherheit getaucht war. Diese Unsicherheit war diesmal herbeigeführt durch die Freikonservativen. Ihr verhältnismäßig energisches Auftreten eröffnete zwar nicht unbegrenzte Möglichkeiten, aber doch die Aussicht, daß noch etwas anderes werden könnte, als in zweiter Lesung geschaffen war. Sie stellten durch Frhrn. v. Zedlitz Bedingungen für ihre Zustimmung; in erster Linie verlangten sie die Einführung der Drittelung in der Gemeinde, dann auch Aenderungen in der Maximierung und endlich eine vernünftige Privilegierung. Da die Deutschkonservativen nicht sofort in schroffer Form den Wünschen ein Nein entgegensetzten, mußte man mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Entgegenkommen stattfinden würde. Die Vertreter der Mehrheitsparteien v. Heydebrand (Kons.) und Herold (Ztr.) erklärten in der Generaldebatte zunächst die Zustimmung zu den Beschlüssen der zweiten Lesung. Der Redner der Nationalliberalen, Friedberg, setzte umgekehrt diesen Beschlüssen ein klares Nein entgegen und teilte mit, daß wegen Scheiterns der bisherigen Verhandlungen man auf die Stellung von Anträgen verzichten werde. Daß die Fortschrittliche Volkspartei, die Polen und die Sozialdemokraten die Beschlüsse der zweiten Lesung ablehnten, war selbstverständlich.

Mitten hinein in diese Parteikundgebungen fiel eine Erklärung des Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg. Man darf glauben, daß keiner so schwer die Schwäche der Regierungsstellung in der Frage der Wahlrechtsreform empfindet, wie Herr v. Bethmann Hollweg selbst, die anderen preußischen Minister und ihre Gehilfen. Daher verweilen wir auch heute nicht dabei, den Widerspruch zwischen der Regierungsvorlage und den Beschlüssen der Mehrheit im einzelnen zu markieren. Herr v. Bethmann Hollweg kam heute der Mehrheit weiter entgegen als das letztemal. Nur eine erhebliche Mehrheit verlangt er noch, um die Beschlüsse seinerseits im Namen der Regierung anzuerkennen. Was ist das: erhebliche Mehrheit? Hat er sich mit diesem Ausdruck doch noch einer ganz festen Fixierung entzogen?

Die Abstimmung brachte bis zu § 5 die Annahme der Beschlüsse zweiter Lesung durch eine Mehrheit, in der auch die Freikonservativen enthalten waren. Beim § 6 kam der Minister von Moltke den Verständigungsbemühungen entgegen, indem er sich mit dem freikonservativen Wunsch auf Drittelung in der Gemeinde einverstanden erklärte; also die Regierung will den Parteien der Mitte den Zugang zu dem Kompromiß eröffnen. Aber es half nichts mehr. Das Zentrum erlaubte den Deutsch-Konservativen nicht, für die Aenderung zu stimmen, und so erklärte denn Freiherr von Richthofen in gewundener Rede die Ablehnung. Der Antrag der Freikonservativen wurde dann mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Damit wird es wahrscheinlich, daß die Freikonservativen gegen das ganze Gesetz stimmen. Ein anderes kleines Zugeständnis wird ihnen freilich gemacht, die Maximierungssumme wird auf 10 000 von 5000 erhöht. In der Privilegierung kommt gar nichts Neues zustande. Auch die Freikonservativen haben die Vergeblichkeit weiterer Aenderungsversuche eingesehen und bringen keine Anträge mehr ein. So bleibt es denn bei der Erhebung der Abiturienten aus der dritten in die zweite Wahlabteilung. Der Rest wird in kurzer Folge angenommen mit der gewöhnlichen Mehrheit.

Bei der namentlichen Abstimmung erhält das ganze Gesetz von 406 abgegebenen Stimmen 238, nämlich die der Konservativen, des Zentrums und zweier Freikonservativer, 168 Abgeordnete stimmen mit Nein, nämlich die Freikonservativen bis auf 2, sämtliche Nationalliberalen, Fortschrittliche, Polen und Sozialdemokraten, dazu sechs Deutschkonservative. Ueber die Motive dieser Minderheit dürfte man nicht abstimmen, sie sind ganz verschieden. Die paar Deutschkonservativen stimmen gegen das ganze Gesetz, weil es ihnen viel zu weit geht, und die Freikonservativen haben sich, wie anfangs ebenfalls Freiherr von Zedlitz verkündet hatte, auch einen Weg nach rechtshin offen gelassen, die öffentliche Wahl wünschen sie nach wie vor beizubehalten.

Die Resolutionen auf Aenderungen der Wahlkreiseinteilung wurden selbstverständlich in den Orkus geschickt; soweit ist die Entscheidung klar, nur eins fragt sich noch: Ist eine „erhebliche Mehrheit" im Sinne Bethmann Hollwegs erreicht? Das Haus zerbricht sich darüber nicht den Kopf, sondern geht alsbald in die Osterferien, aus denen es am 7. April heimzukehren gedenkt, um dann die Abstimmung, weil eine Aenderung der Verfassung vorliegt, zu wiederholen.

*

Sitzungsbericht aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Berlin, 16. März. (Tel.)

Haus und Tribünen sind voll besetzt. Am Ministertisch: Bethmann Hollweg. — Nach Erledigung einiger kleiner Punkte der Tagesordnung trat das Haus in die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage ein.

Abg. **v. Heydebrand** (Kons.): Eine Anzahl meiner Freunde wird gegen das Gesetz stimmen, weil sie eine Aenderung des bestehenden Wahlrechts überhaupt nicht wollen. Wenn die übrigen Mitglieder auf den Boden der Vorlage treten, so geschieht das nicht, weil wir die Notwendigkeit der Aenderung des Gesetzes, das sich vollkommen bewährt hat, einsehen, sondern aus dem Grunde, weil die Reform des Wahlrechts in der Thronrede in Aussicht gestellt wurde. (Bravo.) Wir wollen den Vertretern der Mittelparteien die Zustimmung zum Gesetz sehr gern ermöglichen und werden den Anträgen in dieser Richtung zustimmen, wenn wir die Sicherheit haben, daß dadurch eine Mehrheit für das Gesetz zustande kommt. Auf den Beifall der Massen rechnen wir nicht. Wir sind der Ueberzeugung, daß an dem Tage, wo wir den Beifall der Massen haben, es um die Zukunft Preußens geschehen ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Herold (Zentr.): Wir machten weitgehende Zugeständnisse, um eine Verbesserung des bestehenden Wahlrechts herbeizuführen. Wenn wir den Beschlüssen der zweiten Lesung zustimmen, so glauben wir dadurch dem Vaterlande einen Dienst zu leisten.

Friedberg (Natl.): Wenn der Träger der Krone eine Reform des Wahlrechts in Aussicht stellte, so hatte er dabei die Interessen des Landes im Auge. Wir bedauern, daß eine Verständigung mit der Mehrheit unmöglich war. Daß eine solche Verständigung nicht erreicht wurde, liegt daran, daß die Regierungsvorlage in das Gegenteil verkehrt wurde. Unsere Wünsche auf eine Erweiterung der Kreise, aus denen die Wahlmänner entnommen werden, sind leider nicht berücksichtigt worden. Wenn wir in der letzten Zeit nicht positiv mitgearbeitet haben, so ist es deshalb nicht geschehen, weil unsere Anträge keine Aussicht auf Annahme gehabt hätten und weil wir keine leere Demonstration machen wollten. Wenn wir so wahrscheinlich zu einem ablehnenden Votum kommen werden, so wird uns voraussichtlich der Vorwurf gemacht werden, daß wir einen Abmarsch nach links vollziehen. Die Herren, die diesen Vorwurf erheben, mögen bedenken, daß wir eine selbständige Partei sind. Bedauerlich sind Angriffe, die die „Kölnische Volkszeitung" in letzter Zeit gegen uns richtete. Wir werden unbeirrt durch derartige Angriffe und unbeirrt durch die Angriffe der Anhänger des gleichen Wahlrechts den Weg gehen, den unsere Pflichten gegen das Vaterland und unsere Parteigrundsätze uns vorschreiben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Freiherr **v. Zedlitz** (Freik.): Wir werden unbeirrt durch die Kritik der großen Massen den Weg der Vaterlandsliebe gehen. Der weitaus größte Teil der Freikonservativen steht auf dem Standpunkt, daß die öffentliche Abstimmung für weit besser anzusehen ist. Zwei Gründe sprechen gegen die geheime Wahl, erstens begünstigt sie zweifellos die Sozialdemokratie, zweitens die Polen. Ebenso kommt die Drittelung nach Urwahlbezirken gerade den Teilen der Bevölkerung zugute, welche den sozialdemokratischen und polnischen Fahnen folgen. Es liegt im Interesse des Dreiklassenwahlrechts, wenn wir den Antrag einbringen, wiederum zur Drittelung nach Gemeinden zurückzukehren. Auch uns liegt daran, das Gesetz mit einer möglichst großen Mehrheit zustande zu bringen. Werden unsere sachlichen Bedenken beseitigt, dann sind damit die Bedingungen erfüllt, unter denen wir uns auf den Standpunkt stellen können, daß es möglich sein wird, für die indirekte Wahl bei geheimer Erwählung der Wahlmänner einzutreten. Wir werden dann das Gesetz mit jeder Mehrheit zustande bringen, andernfalls werden wir sämtlich gegen das Gesetz stimmen. Wir bleiben mit diesem Vorgehen getreu unserem alten Standpunkt: Das Vaterland über die Partei. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg: Nachdem die Herren Vorredner die Absichten ihrer Parteien für die Abstimmung klar gelegt haben, gebe ich namens der Staatsregierung folgende Erklärung ab:

Die königl. Staatsregierung ist bei Ausarbeitung der Vorlagen von der Auffassung ausgegangen, daß an dem System des abgestuften Wahlrechts grundsätzlich festgehalten werden müsse und das direkte und geheime Wahlrecht gleichzeitig nicht gegeben werden könne. Sie hat sich aus den Gründen, die ich bei Einführung der Vorlage hier darzubringen die Ehre hatte, dahin entschieden, die indirekte durch die direkte Wahl zu ersetzen, die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung aber aufrecht zu erhalten. Die königliche Staatsregierung hält diese Lösung auch heute noch für die zweckmäßigste. Wenn sich indessen eine erhebliche Mehrheit dieses hohen Hauses dahin entscheidet, die indirekte Wahl aufrecht zu erhalten, und die geheime Stimmabgabe für die Wahlen der Wahlmänner vorzusehen, so wird die königliche Staatsregierung diese Lösung annehmen, ohne sich im übrigen an alle einzelnen Bestimmungen des Entwurfs in seiner jetzigen Gestalt zu binden.

Abg. **Fischbeck** (Fortschr. Vpt.): Wenn wir eine ablehnende Haltung einnehmen, so geschieht es, weil das geheime Wahlrecht, das wir grundsätzlich vertreten, abgelehnt wird, weil ferner die Forderungen nach Abschwächung des plutokratischen Charakters des Wahlrechts zurückgewiesen werden. Selbst die indirekte Wahl, die die Regierung als nicht mehr zeitgemäß bezeichnete, wurde wieder in das Gesetz hineingebracht. Wir werden nicht aufhören, weiter zu kämpfen, bis wir das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erreicht haben; wir werden im nächsten Jahre wieder einen solchen Antrag einbringen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Jazdzewski (Pole): Solange die geheime Wahl in dem Gesetz nicht enthalten ist, hat es keinen Wert für uns. Wir werden dagegen stimmen.

Liebknecht (Soz.): Der Reichskanzler hat in seiner Rede bei der ersten Lesung die Dreiklassenschmach unter göttlichen Schutz zu stellen versucht, indem er von einer gottgewollten Abhängigkeit sprach. Ich kann es nur als Blasphemie bezeichnen, das göttliche Prinzip zum Schindacker der wirtschaftlichen Abhängigkeit zu machen.

(Vizepräsident Porsch bittet den Redner, das Thema etwas zarter zu behandeln.) Abg. Liebknecht fuhr fort: Wenn man sieht, wie bei dieser Vorlage mit Anträgen gefeilscht und geschachert wird, so kann man das Haus nur als eine Trödlerbude bezeichnen. (Große Unruhe. Vizepräsident Porsch ruft den Redner in erregtem Tone zur Ordnung. Anhaltende Bewegung. Rufe: Raus, raus! Unverschämtheit!) Liebknecht fährt fort: Die Sehnsucht der Konservativen und des Zentrums nach Mitarbeit der Nationalliberalen bei der Vorlage ist weiter nichts als ein Suchen nach Mitschuldigen an diesem Schandwerk. (Großer Lärm. Vizepräsident Krause erteilt dem Redner den zweiten Ordnungsruf.)

Abg. **Bell** (Zentrum): Der Vorwurf, daß wir aus parteipolitischen Gründen den Beschlüssen der zweiten Lesung zustimmten, ist durchaus unbegründet. Die Verbesserungen der Vorlage sind wesentlich der Zentrumstaktik zu verdanken. Wir hielten es für unsere patriotische Pflicht, mitzuwirken zur Erfüllung des Versprechens der Thronrede. Damit schließt die allgemeine Besprechung.

In der Spezialberatung

werden die Paragraphen eins bis drei (aktives und passives Wahlrecht) mit redaktionellen Aenderungen